

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Housaalfee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 39/39
Telex: 08 68 848-48 ppbn d

Inhalt

Elfriede Eilers MdB stellt den Sauregurkenzeit-Aktivitäten der CDU in Sachen Familienpolitik die Leistungsbilanz der Koalition gegenüber.

Seite 1/2

Marie Schlei MdB unterstreicht die Glaubwürdigkeit der US-Sicherheitspolitik für Europa.

Seite 3

Walter Edenhofer, AFA-Referent des SPD-Vorstandes, beschreibt die soziale Marktwirtschaft nach CSU-Muster.

Seite 4/5

Willi Arens MdL setzt sich mit den ordnungspolitischen Alleingängen der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Breuel auseinander.

Seite 6/7

Jürgen Böddrich MdL, beschreibt die CSU-Strategie für den Bundestagswahlkampf 1980.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 87 66 11

34. Jahrgang / 142

27. Juli 1979

Sommerpausenaktivitäten - alle Jahre wieder

Von Elfriede Eilers MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Wie stellt sich eigentlich die familienpolitische Szene zur Zeit dar? Pünktlich und laut, wie mit einem Glockenschlag, eröffnete die Union mit großen Anfragen, Pressekonferenzen und Presseerklärungen ihre Sommeroffensive in Sachen Familienpolitik, wohl wissend, daß in der "Sauregurkenzeit" auch an sich nicht Berichtenswertes eine Chance hat.

Ungeachtet der Tatsache, daß inzwischen ein Kanzlerkandidat gekürt wurde, der in der Vergangenheit immer deutlich gesagt hat, was er von CDU-Versprechungen zur Familienpolitik und deren Ernsthaftigkeit hält, wird versucht, den Familien zu suggerieren, daß nur die Union der wahre "Gralshüter" der Familien sei.

Vielleicht hat sich die Münchner Parteizentrale unter dem Eindruck jüngster demoskopischer Daten diesmal nur zur versteckten Kritik (beispielsweise zum Familiengeldentwurf Baden-Württembergs) durchringen können. Wie dem auch sei: Die Familienpolitik eignet sich nun einmal nicht als ideologisches Schlachtfeld für polemische Auseinandersetzungen. Dafür sollten allen verantwortungsbewußten Politikern die Familien zu schade sein.

Wie schrieb doch die bestimmt als Koalitionssprachrohr unverdächtige FAZ vom 12. Mai 1979 nach einer familienpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag: "Es fehlt an Führung in der Union, besonders in der Bundestagsfraktion. Die Debatte über die Familienpolitik hat es deutlich gemacht..... Das alles gibt keinen Sinn, zeigt keine politische Linie, mit der man

bei den Bürgern Ansehen gewinnen könnte..... In der Fraktion nimmt die Kritik zu, mehr noch die Ratlosigkeit."

Dem können wir Sozialdemokraten an konkreten familienpolitischen Leistungen gegenüberstellen: Auf unsere Initiative wurden allein in den letzten Monaten vier für die Familien unseres Landes wichtige Gesetze beziehungsweise geändert:

- Das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge beschreibt die gegenseitigen Rechte und Pflichten von Eltern und Kindern. Es geht davon aus, daß Kinder nicht schlechthin elterlicher "Gewalt" unterworfen sind. Eltern und Kinder sollen in allen wesentlichen Fragen durch Gespräche Einigung erzielen, wie es ja auch heute schon in fast allen Familien praktiziert wird. Nur in Fällen, in denen keine Einigung erzielt wird und das Wohl des Kindes "nachhaltig und schwer beeinträchtigt" würde, soll das Vormundschaftsgericht entscheiden.
- Durch die Unterhaltsvorschußkassen wird gewährleistet, daß alleinstehende Mütter und Väter von Kindern, deren anderer Elternteil sich der Unterhaltsverpflichtung entzieht, nicht in Not geraten. Die Unterhaltsleistung soll für Kinder unter sechs Jahren übernommen werden. Die Zahlungen werden längstens für die Dauer von drei Jahren gewährt. Die Behörde kümmert sich dann darum, daß sie das Geld vom Unterhaltspflichtigen zurückbekommt.
- Nach dem Gesetz über die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs können sich berufstätige Mütter bereits ab 1. Juli dieses Jahres nach der Geburt eines Kindes für ein halbes Jahr ganz dem Kind widmen. Außer Haus berufstätige Mütter können wählen, ob sie über die bisherige Mutterschutzfrist von zwei Monaten hinaus weitere vier Monate lang zu Haus bleiben wollen. In dieser Zeit zahlt der Staat den Verdienstausschlag bis zu 750 DM im Monat und übernimmt auch die Beiträge zur Sozialversicherung.
- Das Bundeskindergeldgesetz hat mit seiner letzten Änderung die wirtschaftliche Lage der Familien mit mehreren Kindern erheblich verbessert. Das monatliche Kindergeld beträgt seit dem 1. Januar 1979 für dritte und weitere Kinder 200 DM, für zweite Kinder ab 1. Juli 1979 100 DM.

Wir werden unseren familienpolitischen Weg beharrlich fortsetzen, das heißt, auch in Zukunft wird unsere Aufmerksamkeit in erster Linie dem Kind als schwächstem Glied der Gesellschaft gelten, denn die späteren Lebenschancen eines Menschen hängen entscheidend davon ab, wie die Rechte des Kindes auf Erziehung und Bildung verwirklicht werden.

Wir gehen davon aus, daß die Erziehung der Kinder am besten in den Familien geleistet werden kann. Es wird deshalb unsere Aufgabe sein, die Familien durch zusätzliche Hilfen zu unterstützen und ihre Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Gelingt dies, wird man auch von einer kinderfreundlicheren Gesellschaft sprechen können. Sie ist besser als alle gigantischen unrealistischen Milliardenprogrammen geeignet, den Wunsch, Kinder zu haben, auch zu verwirklichen.

(-/27.7.1979/ks/ca)

+ + +



Kein Grund zum Zweifeln

Die Vereinigten Staaten sind glaubwürdig

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Außenpolitik der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Das vom Abgeordneten Mertes der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gegenüber in unverantwortbarer Weise vorgebrachte Mißtrauensvotum gegen die Bündnissolidarität der Vereinigten Staaten ist entschieden zurückzuweisen. Es ist richtig, daß Vertrauen in die Bündnisgarantien der USA weder beschlossen noch durch Gesandheiten erzeugt werden kann. Genauso richtig ist jedoch, daß eine vorhandene Vertrauensbasis durch unqualifiziert geäußerte Zweifel zerstört werden kann.

Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist nur im Bündnis zu gewährleisten. Sie hängt in entscheidendem Maße von der Aufrechterhaltung eingegangener Sicherheitsverpflichtungen der USA für die kollektive Sicherheit des gesamten Bündnisses ab. Diese in erster Linie nuklearen Sicherheitsgarantien haben alle Regierungen der Vereinigten Staaten immer wieder abgegeben. Sie sind unter anderem in der Nuklear-Garantie, die Präsident Carter anlässlich der Abrüstungs-Sondergeneralversammlung im Sommer 1978 erklärt hat, deutlich geworden. Dort heißt es: "Die Vereinigten Staaten werden keine Nuklearwaffen gegen irgendeinen keine Nuklearwaffen besitzenden Staat einsetzen, der dem Nichtweiterverbreitungsvertrag angehört oder eine vergleichbare internationale bindende Verpflichtung eingegangen ist, keine nuklearen Sprengkörper zu erwerben, ausgenommen in dem Falle eines Angriffs auf die Vereinigten Staaten, ihre Territorien oder Streitkräfte oder ihre Verbündeten durch einen solchen Staat, der mit einem Kernwaffenstaat verbündet oder mit einem Kernwaffenstaat assoziiert ist und einen solchen Angriff durchführt oder unterstützt."

Diese Erklärung ist glaubwürdig.

Die Kontinuität der amerikanischen Sicherheitspolitik ist auch bei den jüngsten personalen Maßnahmen des amerikanischen Präsidenten gewahrt worden. Um keinen Zweifel an der Kontinuität der amerikanischen Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik aufkommen zu lassen, hat Präsident Carter unmittelbar nach Bekanntwerden der Rücktrittsgesuche seiner Kabinettsmitglieder die Gesuche seines Sicherheitsberaters Brzezinski, seines Außenministers Vance und seines Verteidigungsministers Brown abgelehnt.

Wer inneramerikanische Schwierigkeiten als lebensgefährlich für die NATO bezelchnet, berührt das Mark der Sicherheit Europas. Es gibt weder für die europäischen Bündnispartner noch für die Staaten des Warschauer Paktes einen Grund, an der Bündnissolidarität der Vereinigten Staaten zu zweifeln.
(-/27.7.1979/ks/oa)

+ + +



Im Trüben fischen

Soziale Marktwirtschaft nach CSU-Muster

Von Walter Edenhofer

Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen beim SPD-Vorstand

Es ist hochinteressant, wie der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Paul Röhner, auf die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA) zur Wirtschafts- und Strukturpolitik im Hinblick auf das geplante Treffen zwischen dem DGB-Vorsitzenden, Heinz Oskar Vetter, und dem CSU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß reagiert.

Bei ihren Forderungen orientiert sich die AFA an den Interessen der Arbeitnehmer zur Erreichung eines qualitativen Wirtschaftswachstums und zur Sicherung der Arbeitsplätze. Diese Forderungen decken sich weitgehend mit der Auffassung der Gewerkschaften. In den Vorschlägen des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung wird unter anderem eine vorausschauende Strukturpolitik gefordert, durch die die künftigen Veränderungen der in- und ausländischen Nachfrageströme sowie der Wandel der wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Produktionsveränderungen transparenter als bisher gemacht, die beschäftigungspolitischen Erfolge oder Mißerfolge strukturpolitischer Maßnahmen kontrolliert und die unterschiedlichen strukturellen Entwicklungschancen einzelner Produktionsbereiche mit ihren Auswirkungen auf die Beschäftigung in einer umfassenden Strukturentwicklungsanalyse dargestellt werden.

Es bleibt der CSU überlassen, die wirtschaftspolitischen Forderungen der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen ebenso abzutun, wie sie gegen die Einheit der deutschen Gewerkschaften zu Felde zieht.

Die Erfahrungen auf der Ruhrkonferenz in Castrop-Hauxel im Mai dieses Jahres haben gezeigt, daß die regionalen und sektoralen Strukturprobleme nur gemeinsam mit den großen gesellschaftlichen Gruppen gelöst werden können. Entscheidend ist dabei



auch die Rolle der Wirtschaft. Sie muß sich nach Auffassung der AfA bei grundsätzlicher Beibehaltung der Marktsteuerung stärker als bisher auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung ausrichten.

Die Aufstellung eines zukunftsbezogenen Bundesentwicklungsplanes, in dem die vorausgeschätzte und nach politischen Programmen gewollte Wirtschaftsentwicklung dargestellt wird, bildet nach Auffassung der AfA ein notwendiges Mittel, um die Wirtschaftspolitik nicht in punktuelle Maßnahmen abgleiten zu lassen. Er soll die Basis bilden für eine abgestimmte Ausgaben- und Investitionspolitik der öffentlichen Hände. Die Erweiterung des wirtschafts- und strukturpolitischen Instrumentariums ist für die AfA wie für die Gewerkschaften eine wichtige Voraussetzung zur Lösung der Wirtschafts- und Strukturprobleme.

Ferner kommt es darauf an, daß die bisherige Subventionspraxis überwunden wird. Es kann nicht länger hingenommen werden, daß Wirtschaftsförderungsmaßnahmen gießkannenmäßig und ohne Erfolgskontrolle fast über das gesamte Bundesgebiet gestreut werden und nicht selten auch solchen Unternehmen zugute kommen, deren Wettbewerbsnachteile auf falsche Unternehmensentscheidungen zurückgehen. Unternehmen, die finanzielle Hilfen vom Staat haben wollen, müssen ihr Konzept für die zukünftige Entwicklung ihres Betriebes offenlegen. Außerdem ist bei der Vergabe von Subventionen die Beteiligung der Arbeitnehmervertreter sicherzustellen.

Die Frage an die CSU ist, ob die bisherige primitive Subventionspolitik fortgesetzt werden soll. Die Erklärung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu dem wirtschafts- und strukturpolitischen Antrag der AfA deutet darauf hin, daß die wirtschaftspolitischen Ideologen von vorgestern den bisherigen Subventionsdschungel jenseits der Kontrolle der Öffentlichkeit beibehalten und sie auch künftig im Trüben fischen wollen. Eine solche Subventionspolitik ist gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet.

(-/27.7.1979-hi/lo)

+ + +



Die Arbeitnehmer sind die Dummen
-----**Frau Breuels ordnungspolitische Alleingänge**

Von Willi Arens MdL

Wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Die Diskussion um einen Ausgleich für benachteiligte Regionen durch die Strukturpolitik und ihre wirtschaftliche Durchschlagskraft wird von einigen Bundesländern neu entfacht. Aufhänger dafür ist die alte, immer neu bestätigte Erkenntnis, daß auch im wirtschaftlichen Aufschwung einige Regionen in der Entwicklung hinterherhinken. Besonders die Arbeitnehmer spüren die erheblichen Nachteile, da der Arbeitsmarkt trotz allgemeiner Entspannung in Problemregionen noch große Engpässe aufweist.

Ausgehend von diesem scheinbar unabwendbaren Schicksal geraten die Gemeinschaftsaufgaben ins Kreuzfeuer der Kritik. Forderungen nach Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe, speziell der "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", werden laut.

Eine Wortführerin dieser Diskussion ist Frau Breuel, Wirtschaftsminister in Niedersachsen. Bei näherem Hinsehen liegt der Ursprung ihrer Kritik nicht in der mangelnden Effizienz der Gemeinschaftsaufgabe, sondern in ihren ordnungspolitischen Vorstellungen. Frau Breuel möchte den Staat als Faktor der wirtschaftspolitischen Gestaltung mehr und mehr verbannen. Dies heißt, zwangsläufig eine Amputation der Möglichkeiten zur Einflußnahme und zum Ausgleich in dem politischen Willen, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Wenn diese extrem marktwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen zugute kommen sollen, liegt bei Frau Breuel nahe. Wenn nicht, auch die Arbeitnehmer werden die negativ Betroffenen dieses wirtschaftlichen Handelns sein.

Wer auf eine Neudefinition der Gemeinschaftsaufgaben drängt, sollte sich zuerst vergegenwärtigen, was über die Gemeinschaftsaufgaben angestrebt werden sollte. Vor zehn Jahren wurde das Instrument der Gemeinschaftsaufgabe im Zuge der Finanzreform in das Grundgesetz eingefügt. Der Bund und die Länder sollten auf dieser Basis gemeinsame Anstrengungen leisten, um für alle gleichwertige Bedingungen und damit gleiche Chancen zu erreichen. Dies setzt voraus, daß einige Länder entsprechend ihrer Wirtschaftskraft Finanzhilfen bekommen, um dieses Ziel erreichen zu können. Niedersachsen erhält aufgrund seiner strukturellen Verhältnisse seit Jahren knapp 60 Millionen DM vom Bund und legt, wie im Gesetz vorgegeben, den gleichen Betrag dazu. Der Einsatz dieser Mittel für die regionale Strukturpolitik war zweifellos erfolgreich. Die Breuelschen Attacken gegen die gemeinsame Finanzierung der regionalen Strukturpolitik über die Gemeinschaftsaufgaben haben ihren hauptsächlichsten Grund im anderen politischen Ansatz. Während in den finanziell begünstigten Ländern wie Niedersachsen die Vermischung der Kompetenzen kritisiert wird, paßt den finanzstarken Ländern der zusätzliche Aderlaß zu ihren Ungunsten nicht.

Von der niedersächsischen CDU-Landesregierung wird zusätzlich ein "Subventions-Ordnungsgesetz" in die Diskussion eingebracht. Zur Begründung wird angeführt, die Verantwortung zwischen regionaler und sektoraler Strukturpolitik müsse stärker abgegrenzt werden. Darüber hinaus sollen mit dem Gesetz marktwirtschaftlich nicht halt-



bare oder wünschbare Subventionen abgebaut werden. Die Definition zeigt schon, daß die Initiatoren dieses neuen Gesetzes ihre Vorstellungen von Marktwirtschaft gegen die Interessen der Bevölkerung und insbesondere der Arbeitnehmer durchsetzen wollen. Die niedersächsische Landesregierung erhofft sich dadurch die Einsparung öffentlicher Mittel. Das "freie Spiel der Kräfte" soll absoluten Vorrang haben. Bezeichnend ist, daß die Landesregierung keinen Gedanken daran verschwendet, wie bei der Gewährung öffentlicher Hilfen als Subventionen oder Bürgschaften eine Mitbestimmung der betroffenen Arbeitnehmer über die Verwendung und die Kontrolle der Mittel, erreicht werden kann.

Aus der niedersächsischen Perspektive darf bei aller, auch berechtigten Kritik an der regionalen und sektoralen Strukturpolitik nicht vergessen werden, daß die Probleme dieses Landes aus eigener Kraft nicht zu meistern sind. Niedersachsen hat eine ungünstige Branchenstruktur. In der Regel sind sektorale Probleme gleichzeitig regionale Probleme. Die Werftindustrie, Luftfahrt-, die Fahrzeug- und die Textilindustrie stehen dafür als Beispiele. Deshalb lassen sich sektorale und regionale Wirtschaftsförderung nicht sauber trennen zwischen Bund und Land und aufteilen.

Das Ziel der Schaffung von ausgeglichenen Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen kann nur in gemeinsamer Arbeit von Bund und Land erreicht werden. Die Strukturpolitik kann sicher effizienter gestaltet werden. Darauf sollten alle gemeinsamen Anstrengungen abzielen. In dieser Diskussion darf die niedersächsische Landesregierung aber nicht vergessen, daß finanz- und strukturschwächere Länder starke Verbündete brauchen. Ordnungspolitische Alleingänge mit ungewissem Ergebnis können wir uns nicht leisten.

(-/27.7.1979/vo-he/ca)

+ + +



Schmutzarbeit für Zimmermann, Stoiber und Co.

Strauß hofft auf Diffamierung und Konfrontation

Von Dr. Jürgen Böddrich MdL

Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Bayern

Es ist schon abzusehen, wohin CSU und Strauß steuern: Sie erhoffen sich bereits im Vorfeld des Wahlkampfes ein Klima der Diffamierung und Konfrontation. "Strauß erwartet Verleumdungskampagne", so meldete das Bayernkurier-Unterstützungsorgan "Münchener Merkur". Damit wird etwas prophezeit, was man geradezu herbeireden will, und wer ständig etwas herbeiredet, der muß schließlich gezwungenermaßen auch dafür sorgen, daß es so kommt, wie er es eigentlich schon lange vorhergesehen hat.

Ganz im Gegensatz dazu steht der Versuch des CSU-Vorsitzenden, sich in liberaler, verbindlicher und staatsmännischer Attitüde zu geben, um somit Vorbehalte abzubauen. Die Schmutzarbeit übernehmen Zimmermann, Stoiber, Bayernkurier & Co.

Warum diese Doppelstrategie? Strauß weiß, daß er vor allem im Norden der Republik mit seinen hemdsärmeligen Bierzeltmethoden nicht ankommt. Da CDU und CSU die rechten Randwähler beinahe völlig aufgesogen haben, bleibt Strauß nichts anderes übrig, als in der Mitte des politischen Spektrums um Stimmen zu buhlen. Dazu ist ihm jedes Mittel recht. Auch das Mittel der Verstellung und Schauspielerei.

Weil Strauß aber auch begriffen haben dürfte, daß er als Taube nicht halb so viel wert ist wie als Falke, braucht er als Rechtfertigung für die gewohnten Ausfälligkeiten die Provokation des politischen Gegners. Diese Funktion sollen ihm seine Büchsenspanner beziehungsweise auch die Hysteriker aus den gegnerischen Reihen liefern.

Strauß würde der größte Gefallen getan, wenn man mit Keule und Speer auf ihn losginge. Dann könnte er (als Herausforderer von Helmut Schmidt) in die Rolle des Verteidigers schlüpfen und sich mit Entrüstung derlei Angriffen erwehren.

Ein dem bekannt rechtsstehenden "Deutschlandmagazin" gegebenes und dem Münchener Merkur vorab zur Verfügung gestelltes Interview zeigt die Marschrute auf: Strauß will einen "Überzeugungswahlkampf" führen, "wie ihn die Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt hat". Was darunter zu verstehen ist, kann man sich sehr gut vorstellen.

Gleichzeitig aber: "die Verleumdungskampagnen, die gegen mich und andere Unionspolitiker von der Linken geführt wurden und in den kommenden Monaten mit Sicherheit noch geführt werden, haben mit einer fairen, wenn auch harten Auseinandersetzung nichts mehr zu tun."

Dafür hat Strauß auch gleich Hinweise: Es sei bekannt, "daß in manchen Medien besessene Meinungsfälscher das Feld beherrschen". Mit "fingierten Dokumenten" würden "Verleumdungsfeldzüge" geführt, "die häufig aus den Desinformationsabteilungen kommunistischer Geheimdienste stammen". "Zerrbilder, verfälschte Zitate, längst gerichtlich widerlegte Behauptungen, heimtückische Unterstellungen" werden von ihm vorausahnend herangezogen.

Dies soll zweierlei bewirken: Einmal will Strauß vorbeugend der Erinnerung an seine zahllosen Skandale entgegenwirken. Andererseits will er erreichen, daß Übereifrige ihn wutschäumend attackieren. Diese Strategie kann allerdings nicht verhindern, daß die SPD aus der politischen Haltung des CSU-Vorsitzenden in der Vergangenheit Schlußfolgerungen auf seine zukünftige Politik zieht.

Sie wird, ohne auf die von der CSU erhoffte Schlammerferei einzugehen, die Rolle des CSU-Vorsitzenden als anbiedernden Populisten entlarven. Sie wird aufdecken, daß Strauß bereit ist, ohne Rücksicht auf irgendwelche Grundsätze alle Strömungen hinter sich zu bringen, die ihm auch nur im geringsten geeignet erscheinen, ihn seinen unerfüllten Machtansprüchen näherzubringen.

Das partielle Lob, das Strauß Bundeskanzler Helmut Schmidt entgegenbringt, ist nichts anderes als ein Gemisch aus Neid, Bewunderung sowie der Versuch, sich auf diese Weise an Schmidt hochzuhangeln und damit das Odium der Unberechenbarkeit zu verlieren. Die bayerischen Sozialdemokraten werden diese Strategie nachhaltig stören. Sie werden vor allem unablässig auf seine landespolitischen Verpflichtungen als Ministerpräsident und die klägliche Rolle, die er in diesem Amt spielt, hinweisen.

(-/27.7.1979/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier